

Redebeitrag  
Plenum, 24.04.2017  
Themendebatte zur Zukunft der Europäischen Union  
-Michael Balter-

*-Es gilt das gesprochene Wort-*

Meine Damen und Herren,

In der Volksschule in Manderfeld, hing vor Jahrzehnten eine große Karte von Europa an der Wand, ich sehe sie heute noch vor mir. Als kleiner Junge war ich von ihr beeindruckt.

Einige Länder waren bunt auf dieser Karte: Belgien, Luxemburg, die Niederlande, Deutschland, Frankreich, Italien.

Dann waren welche grau.

Die Lehrerin erklärte, dass diese Länder bald zu uns gehören würden, dass man mit ihnen verhandelt.

Zu uns, dass hieß damals die EG – und uns ging es gut.

Wie es den anderen ging das wusste ich nicht.

Aber man hörte nichts Gutes.

Und die anderen Länder waren auf der Karte weiß – einfach nur weiß.

Die gehörten nicht zu uns und mit denen verhandelte man nicht.

Damals gab es noch den Eisernen Vorhang – und als Kind wünschte ich mir das alle Länder bunt wären und bei uns im Verein mitmachen würden.

Und dieses Bild prägte meine Einstellung zur europäischen Union.

Kritiker waren für mich als Jugendlicher und junger Erwachsene

Unaufgeklärte die nicht wissen welche Vorteile dieser gemeinsame Binnenmarkt hat, die Vorteile des grenzenlosen Handels.

Für mich war die Grundidee der EG, der späteren EU das Symbol für Frieden und Wohlstand.

Doch irgendwann änderte sich mein Bild.

Ich war immer schon kritisch gegenüber der Obrigkeit, und irgendwann ging mir ein Licht auf.

In der Schule hatte ich gelernt wie Demokratie funktionieren sollte, aber ich spürte dass die EG und später die EU – das etwas anders handhabt.

Ich las Artikel in Zeitungen über Gesetze und Vorschriften welche in meinen Augen keinen Sinn ergaben – so wie die berühmten Richtlinien zur Größe von Lebensmitteln.

Dann las ich, dass die Landwirtschaft hier stark subventioniert wurde und dass der Überschuss dann an afrikanische Länder exportiert wird und dort die heimischen Märkte zerstört. Hunger nicht gemindert sondern gefördert wird.

Das alles machte mich stutzig.

Und ich fragte mich was machen die eigentlich mit dem ganzen Geld?

Vielleicht erinnern sie sich an die Diskussion vor etwas mehr als 10 Jahren zu den EU Weinbau Subventionen.

Zuerst gab es Prämien in Höhe von mehr als 900 Millionen Euro zur Förderung des Weinbaus. Nur der ganze Wein wurde nie getrunken.

Ein Teil dieses Weines wurde sogar nie in Flaschen abgefüllt.

Daher gab es eine zweite Prämie der EU – zur Vernichtung des Weins.

In Höhe von ca. 320 Millionen Euro.

Große Genossenschaften insbesondere in Spanien und Italien hatten sich darauf spezialisiert, Billigwein zu produzieren. Um die Qualität der Ernte macht sich niemand Gedanken. Lohnend wurde der Massenwein ausschließlich dadurch, dass die EU für die Verarbeitung zu Reinalkohol Subventionen zahlte.

In Italien, wurde subventionierter Ex-Wein sogar zur Beimischung für Biosprit verwendet, der dann nach Brasilien exportiert wurde.

Die Kommissarin ist damals mit ihren Reformplänen gescheitert, und heute sieht es nicht besser aus. Im Gegenteil.

Im vergangenen Jahr hat der EU Rechnungshof zum wiederholten Male die gigantische Verschwendung von Steuergeldern – kritisiert.

Ein Beispiel:

Insgesamt rund 400 Millionen Euro aus den EU-Strukturfonds hat die Brüsseler Behörde „ineffizient ausgegeben“ heißt es.

Auf das Problem weist der Rechnungshof schon zum wiederholten Mal hin.

Vor sieben Jahren hatten die Luxemburger Prüfer die unsinnige Subventionierung von fünf Seehäfen in einem ersten Bericht moniert.

Bewirkt hatten sie damit nichts.

Die Zeitung die Welt schrieb hierzu:

„Was die Rechnungsprüfer entdeckten, ist an Absurdität kaum noch zu überbieten. „97 Millionen Euro wurden in Infrastrukturen investiert, die in den vergangenen drei Jahren kaum ausgelastet waren oder gar nicht benutzt werden“, heißt es in dem Bericht. Es gibt sogar zwei öffentlich geförderte Häfen, in denen noch nie ein Schiff entladen wurde.

„Wir haben das lange und ausführlich mit den zuständigen Beamten der EU-Kommission diskutiert. Konsequenzen aus dem Vorgang wurden trotzdem bis heute nicht gezogen“, berichtete der Rechnungshofprüfer.

Meine Damen und Herren,

der offizielle Prüfungsbericht des EU Rechnungshofes ist eine wahre Fundgrube für den Irrsinn von Verschwendung von Steuergeldern durch die EU.

Wie erwähnt ich rede nicht von irgendwelchen Anti EU Seiten, sondern vom offiziellen Bericht welcher von der EU selbst in Auftrag gegeben wird. Wahrlich, eine Schande dass die Medien hierzulande nicht darüber berichten.

Ein Hafen ohne Schiffe, eine Skipiste im flachen Dänemark, ein Flughafen ohne Gäste -

Meine Damen und Herren,

Die Mitglieder des Haushaltskontrollausschusses im Europaparlament haben schon vieles gesehen. Manchmal sehen sie aber auch: nichts.

Sie sehen keine Straße hin zu einer neuen Brücke. Sie sehen kein einziges Flugzeug am längst eröffneten Flughafen. Sie sehen keine Schafherde bei dem Bauern, der doch genau dafür Förderung bekam.

"Welchen Stein man auch umdreht, es wuselt darunter", sagt ein Mitglied des Ausschusses.

Meine Damen und Herren,

Jeder Euro der durch die EU verschwendet wird, könnte an einer anderen Stelle etwas Gutes bewirken - am einfachsten wäre es er würde die Taschen der Steuerzahler entlasten.

Und hier geht es nicht um einfache Fehlplanungen, es geht um immense Summen wofür die Bürger der EU hart für arbeiten müssen.

Und dies muss angesprochen und diskutiert werden.

Aber das ist nur eine Seite der EU -

Eine andere ist der Umgang mit der Demokratie, oder das was von ihr noch übriggeblieben ist.

Selbst EU Befürworter kritisieren lautstark, die Schwäche des EU Parlamentes, die Machtfülle der Europäischen Zentralbank und die unbegrenzte Macht der EU Kommission.

Der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog

Hat es mal in einem Satz zusammengefasst:

"Europa entmachtet uns und unsere Vertreter".

Er meinte natürlich die EU Institutionen.

Und in seiner sachlichen Kritik am EU Demokratie-Defizit schlussfolgert er:

„Das rechtliche wie faktische Gewicht der Gesetzgebung der EU Institutionen überlagert in außergewöhnlichem Maße die nationale Gesetzgebung.“

Mehr als 80 Prozent der nationalen Gesetze werden durch die EU bestimmt.

Und die kommen nicht vom gewählten EU Parlament.

Das Europäische Parlament besitzt, entgegen allen anderen Parlamenten, kein uneingeschränktes legislatorisches Initiativrecht.

Das Recht der Gesetzesinitiative liegt, mit wenigen Ausnahmen, auf EU-Ebene allein bei der Europäischen Kommission.

Und diese wird bekanntlich nicht von den Bürgern gewählt.

Auch der Einfluss der Lobbyisten ist hier enorm –

Im Januar dieses Jahres berichtete die Organisation Transparency International in einer neuen Untersuchung eine große Verstrickung von EU-Politikern und -Kommissaren mit der

Wirtschaft. Den Angaben nach arbeitet jeder dritte EU-Abgeordnete nach seinem Ausscheiden für ein Unternehmen, das auf dem EU-Lobbyregister steht. Bei den Ex-Kommissaren ist die Quote noch höher.

Hierzu empfehle ich den Dokumentarfilm – The brussels business –

Wer steuert die europäische Union?

Ein Film den man hier in der DG mal zeigen sollte.

Vielleicht im Rahmen der politischen Bildung –

Herr Paasch notieren sie sich das mal bitte.

Aber ihr habt es ja selber nicht so mit der Transparenz.

Diese Misstände sind allgemein bekannt und werden auch von EU Befürwortern immer lauter diskutiert.

Und man will was ändern – mit „man“ sind die gleichen Leute gemeint die jahrelang diesen Irrsinn gefördert haben.

Wie heißt es doch so schön:

„Wenn Du einen Sumpf trocken legen willst, frage nie die Frösche.“

Schauen wir uns einmal an was denn jetzt auf dem Tisch liegt.

Jean Claude Juncker präsentiert ein Weißbuch mit 5 Szenarien:

Szenario 1 – "Weiter so wie bisher":

Unsinnig, weil es ja bekanntermaßen nicht funktioniert und die Menschen dies immer weniger unterstützen.

Szenario 2 – "Schwerpunkt Binnenmarkt"

Sinniger – nur muss der Sumpf zuerst trocken gelegt werden.

Szenario 3 – Ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten.

Szenario 4 – "Weniger, aber effizienter"

Auch gefährlich und Effizienz ist genauso eine Unbekannte in Brüssel wie Transparenz.

Szenario 5 – "Viel mehr gemeinsames Handeln"

Die größte Gefahr – ein Europäischer Zentralstaat wie Verhofstadt es will.

Mal ehrlich meine Damen und Herren,  
die nationalen Parlamente würden noch mehr beraubt, alles von Brüssel geregelt.  
Absolutistische Machtsysteme lassen grüßen.  
Ich denke die Mehrheit der Bürger in Europa will etwas anderes.

Das erste Problem ist bei diesem Weißbuch und der angestrebten Grundsatzdebatte, dass der Mensch nicht im Mittelpunkt steht; auch wenn man versucht solch einen Anschein zu vermitteln.

Auf Seite 26 – schreibt man: Zitat:

„Dieses Weißbuch soll eine ehrliche und umfassende Debatte mit den Bürgerinnen und Bürgern darüber anstoßen, in welche Richtung sich Europa in den kommenden Jahren entwickeln sollte.“

Nur, ich frage sie – glauben sie das dies seriös gemeint ist von Leuten wie Juncker die mal gesagt haben:

Zitat:

"Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."

Ich muss dieses Zitat zum wiederholten Male bringen, da es so treffend den Charakter dieses Mannes wiedergibt.

Den Bürger zu befragen – um Gottes Willen –



Wie der Teufel das Weihwasser, so meiden die EU Verantwortlichen die Meinung des Bürgers – oder wie war es nochmal - damals in der Diskussion um den EU Verfassungsvertrag und später bei der Abstimmung zum Lissabonvertrag.

Als Irland damals mit Nein stimmte, sagte Juncker wir hätten ein Problem.

Aber wieso – wenn doch ein Volk gewählt hat – und nein zu diesem Vertrag sagt. Dann sollte man dies doch akzeptieren.

Doch das tat man nicht – die Geschichte kennen sie.

Und die entscheidende Frage ist, was ist das Ziel der Verantwortlichen?

Friede und Wohlstand für die Bürger – oder Kontrolle, Macht und Abhängigkeit?

Meine Damen und Herren,

wir sollten uns auf das konzentrieren, was Frieden unter den Völkern schafft.

Die Völker Europas sollen Handel miteinander treiben, Wohlstand schaffen – Dies sollte unser Bestreben sein.

Eine übergeordnete staatliche Macht, eine Zentralisierung der Macht – entfernt uns mehr und mehr von diesem Grundgedanken –

Zentralistisch geführte Staaten, und dies lehrt uns die Geschichte haben nie lange Bestand gehabt. Sicherlich gibt es Ausnahmen, nur diese Länder nehmen es dann nicht so genau mit der Demokratie - und die Menschen hatten es selten besonders gut -

Was gilt festzuhalten:

Es funktioniert so nicht, wie es heute in der EU läuft.

Politisch ist die EU zerstritten –

Wirtschaftlich schwach, teilweise am Ende –

Hochverschuldet sind die einzelnen Länder und ein Heer von Arbeitslosen blickt ohne Hoffnung in die Zukunft.

Und die Menschen sind es satt –

Brexit, das Referendum in Italien, immer mehr EU Kritische Parteien erleben Zustrom, Rechts- und Linksradike strömen in die Parlamente.

TTIP und CETA stehen beispielhaft für die EU Politik, alles im stillen Kämmerlein vorbei am Volke regeln zu wollen. Und mehr und mehr Bürger erkennen dies.

Meine Damen und Herren,  
vielleicht sollten die Verantwortlichen damit anfangen den Menschen wahrhaftig zu erklären,  
was Sache ist.

Es gibt nicht die Lösung, es ist komplex und kompliziert, und eine kurze Themendebatte reicht  
sicherlich nicht aus um Licht ins Dunkel der Machenschaften der EU zu bringen und  
vernünftige Lösungen zu präsentieren.

Ich könnte noch viele Themen aufgreifen,  
so die menschenverachtende Außenpolitik der EU, Der Verkauf von Waffen an Länder welche  
die Menschenrechte missachten wird ohne weiteres geduldet,  
die berühmten Freihandelsabkommen mit Dritt-Weltländer welche den Hunger in der Welt  
nachweislich mehren.  
Oder die zerstörerische Finanzpolitik der EZB.

Und es gibt doch tatsächlich, Politiker auch hier im Hause, welche sich Demokraten nennen  
und gleichzeitig sagen es gäbe in Europa keine Alternative zur EU – Absurd –  
Wenn die Geschichte uns eins gelehrt hat, dann dass es nichts gibt was ewig Bestand hat – nur  
die Veränderung und die ist eine Konstante.

Aber ich belasse es heute bei dem Gesagten.

Zum Schluss noch etwas Nachdenkliches:

Niemand hier im Hause wünscht sich den belgischen Zentralstaat zurück,  
niemand.

Und es ist erschreckend zu sehen, dass hier im Hause 5 Parteien nach  
einer eigenständigen Region streben und in der zentralistischen EU jedoch keinen  
Widerspruch sondern sogar eine Rettung sehen.

Sie fordern hier mehr Selbstbestimmung, auf der anderen Seite unterstützen Sie jedoch die  
Entmachtung der Nationalstaaten Europas und die eigene Entmachtung des DG Parlaments.

Meine Damen und Herren,  
fragen Sie die Bürger, die Menschen da draußen, was für eine EU sie haben wollen.